

komm entar

Komplizierter Weg zum Klimaschutz

von hanspeter guggenbühl

Mache die schwierigen Dinge einfach, lautet eine Lehre für Werbetexter und Journalisten. Doch die Politik macht es uns schwer, diese Weisheit umzusetzen. Denn sie folgt gerne dem umgekehrten Prinzip: Mache die einfachen Dinge schwierig. Den Beleg für diesen Befund liefern Regierung und Parlament seit Jahren beim Klimaschutz. Zuerst formulierten sie ein CO₂-Gesetz, das vorschreibt, den CO₂-Ausstoss zu senken, eine CO₂-Abgabe aber nur zu verordnen, falls «absehbar wird», dass alle andern Mittel nicht reichen. Seit das klar erkennbar ist, streiten Bundesrat und Parlament darüber, ob die CO₂-Abgabe für alles CO₂ oder nur jenes aus Brennstoffen gelten soll und wer sonst noch wann und wie davon befreit werden kann. Gestern hat nun der Nationalrat entschieden: Gaskraftwerkbetreiber müssen entweder CO₂-Abgabe zahlen oder ihren CO₂-Ausstoss anderswo senken. Wobei der Bundesrat festlegt, wie viel im In- und Ausland kompensiert werden muss oder darf. Diese Lösung ist nicht schlecht, weil sie den Konflikt zwischen Stromhunger und Klimaschutz entschärft. Aber sie ist wiederum schwer zu erklären. Zudem kann der Ständerat alles wieder ändern, noch komplizierter machen. Manchmal kommt einem der Verdacht, die Politik werde nur deshalb so schwierig gemacht, damit das Volk nicht mehr drauskommt und folglich auch nicht mehr dreinredet.

Eine einfache Lösung gäbe es wohl: eine CO₂-Abgabe für sämtliche fossilen Energieträger, also auch für den Verkehr. Diese Abgabe sorgt dafür, dass der CO₂-Ausstoss zuerst dort gesenkt wird, wo es am wirtschaftlichsten möglich ist. Und sie wird so hoch angesetzt, dass der CO₂-Ausstoss insgesamt aufs gesetzliche Mass sinkt. Diese marktkonforme Lösung hätten Bundesrat und Parlament schon längst umsetzen können. Doch Wirtschafts- und Autoverbände haben die einfache Lösung bekämpft, im Wissen, dass komplizierte Dinge immer etwas länger dauern. I inland@landbote.ch

Unheilige Allianz für Gaskraft

Hanspeter Guggenbühl

Nationale Gaskraftwerke sollen ermöglicht werden, ohne dass sie das globale Klima aufheizen. Das beschloss gestern eine Allianz von Linken und SVP im Nationalrat. Doch FDP und CVP können den Entscheid im Ständerat wieder kippen.

BERN - Die Vorlage zur CO₂-Abgabe wird zum Spielfeld, auf dem AKW-Befürworter, AKW-Gegnerinnen, Regierung, Parlament und Stromlobby eine Art Grümpelturnier austragen: In der zweiten Runde, die gestern im Nationalrat ausgetragen wurde, siegte eine Allianz aus linken Atomgegnern und SVP. Diese Koalition stimmte mit 95 gegen 81 Stimmen einem dreiteiligen Entscheid mit folgenden Bedeutungen zu:

- CO₂-Abgabe: Der CO₂-Ausstoss aus fossilen Kraftwerken untersteht grundsätzlich der CO₂-Abgabe. Das entspricht dem CO₂-Gesetz und behandelt Öl- und Gaskraftwerke gleich wie andere Verbraucher von fossilen Brennstoffen. Der Abgabesatz, den das Parlament bereits beschlossen hat, würde die Kilowattstunde (kWh) Strom aus Gaskraftwerken ab 2010 um 1,3 Rappen oder 10 bis 20 Prozent verteuern.
- Oder Kompensation: Falls Betreiber von Öl- und Gaskraftwerken sich von der Abgabe befreien wollen, müssen sie ihren CO₂-Ausstoss vollständig kompensieren. Damit werden fossile Kraftwerke strenger behandelt als andere grosse CO₂-Verursacher, die sich mit Zielvereinbarungen ebenfalls von der Abgabe befreien können, aber nur einen Teil ihrer Emissionen einsparen oder kompensieren müssen.
- Mehrheitlich im Ausland: Wie viel CO₂ im Inland einzusparen ist und wie viel durch den Kauf von Emissionszertifikaten aus dem Ausland kompensiert werden darf, soll der Bundesrat flexibel entscheiden.

Klimaschutz trotz Gaskraft

Der dritte Punkt ist entscheidend. Denn wenn der CO₂-Ausstoss ganz oder mehrheitlich im Inland kompensiert werden müsste, käme es die Stromwirtschaft billiger, die CO₂-Abgabe zu zahlen oder weitere Gaskraftwerke im Ausland zu bauen. In beiden Fällen würde der Kohlendioxid-Ausstoss zunehmen.

Der hohe Anteil an Kompensation im Ausland, den Energieminister Moritz Leuenberger erlauben will, senkt nun die finanzielle Hürde für Gaskraftwerke im Inland, ohne dass damit der globale CO₂-Ausstoss erhöht und das Klima zusätzlich erwärmt wird. Denn ausländische Emissionszertifikate verteuern - beim heutigen Marktpreis - den Gasstrom um weniger als einen Rappen pro kWh. Sie sind damit etwas billiger als die inländische CO₂-Abgabe. Zudem kosten sie viel weniger als CO₂-Reduktions-Massnahmen im Inland. Allerdings widerspricht diese Lösung dem Versprechen des Bundesrates, die Kohlendioxid-Emissionen mehrheitlich im Inland zu reduzieren, um das CO₂-Gesetz zu erfüllen.

Unterschiedliche Motive

Die Motive der Ratsmitglieder, die der beschriebenen - von SVP-Nationalrat Oskar Freysinger beantragten und auch vom Bundesrat erwünschten - Lösung zur Mehrheit verhalfen, unterscheiden sich allerdings: SP und Grüne lehnen neue Atomkraftwerke ab und betrachten Gaskraftwerke mit CO₂-Kompensation im Ausland als kleineres Übel; sie stimmten zu, um den Druck für neue AKW zu verringern. Die SVP hingegen

will sowohl neue Atom- als auch Gaskraftwerke realisieren; sie folgt damit den Wünschen der Stromwirtschaft. Der Walliser Freysinger will vor allem das Walliser Gaskraftwerk Chavalon ermöglichen, für das die Westschweizer EOS bereits das Baugesuch eingereicht hat.

Gegen die Lösung der Mehrheit stimmten CVP und FDP, weil sie Gaskraftwerke generell ablehnen. Vor allem die FDP will Gaskraftwerke verhindern, um den Druck zum baldigen Bau von neuen Atomkraftwerken zu verstärken.

FDP und CVP bevorzugten deshalb den Antrag, den der Ständerat im Dezember beschlossen hatte. Demnach sollen Betreiber von Gaskraftwerken ihren CO₂-Ausstoss unabhängig von der CO₂-Abgabe vollständig und mindestens zu 70 Prozent im Inland kompensieren. Diese Lösung würde den Strom aus Schweizer Gaskraftwerken um schätzungsweise drei Rappen pro kWh verteuern und damit eine kaum überwindbare Hürde für neue inländische Gaskraftwerke aufbauen.

Genau das wollen FDP und CVP. Dabei haben sie gute Chancen, dass der Ständerat auf dieser Lösung beharrt und den gestrigen Entscheid im Nationalrat wieder kippt. Denn im Ständerat verfügen FDP und CVP zusammen über zwei Drittel aller Sitze, also über eine komfortable Mehrheit.

Das Seilziehen um diese Differenz könnte dazu führen, dass die Vorlage zur Einführung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, die beide Räte grundsätzlich beschlossen haben, blockiert oder zumindest verzögert wird. Klimapolitisch wäre das eindeutig kontraproduktiv. | HANSPETER GUGGENBÜHLW

Von Lücken in der Stromversorgung und im Hirn

hpg

«Was die Versorgungssicherheit angeht, geht der Bundesrat davon aus, dass wir in eine Stromlücke hineinlaufen, und zwar auch dann, wenn wir für neue Kernkraftwerke sind.»

Moritz Leuenberger, Bundesrat

Die Leute, die von einer Stromlücke reden, haben eine Lücke im Hirn.»

Ruedi Rechsteiner (SP, Basel)

«Gaskraftwerke sind eine Lösung, um die Probleme der Energieversorgung vorübergehend zu sichern. Diese Möglichkeit müssen wir uns offenhalten.»

Oskar Freysinger (SVP, Wallis)

«Die aktuelle Stigmatisierung von Gaskraftwerken, die vor allem von der FDP betrieben wird, scheint nur ideologisch bedingt zu sein mit dem Ziel: Ein neues AKW muss her.»

Martin Bäumle (GLP, Zürich)

«Um der Forderung nach einer Reduktion des CO₂-Ausstosses nachkommen zu können, muss grundsätzlich auf ein Gaskraftwerk verzichtet werden.»

Sep Cathomas (CVP, Graubünden)

nach- gefragt

«Klimapolitik oder fauler Trick?»

Michael Brunner

Werner Messmer, FDP-Nationalrat, Thurgau

Herr Messmer, Sie haben sich im Rat im Namen der FDP gegen die Gaskombikraftwerke ausgesprochen. Ist das nicht ein fauler Trick, um Atomkraftwerke zu erzwingen?

So kann man das nicht formulieren. Aber die Analyse innerhalb der FDP führte zu einem klaren Ergebnis. Erstens stehen wir zur Klimapolitik. Heute produziert die Schweiz Strom ohne CO₂-Emissionen. Das soll so bleiben. Und zweitens folgt daraus, dass wir die Stromlücke ohne CO₂-ausstossende Gaskombikraftwerke schliessen wollen. Daher setzen wir auf erneuerbare Energien, die Steigerung der Energieeffizienz, aber auch auf Kernkraftwerke.

Die Befürworter der Gaskombikraftwerke sagen, diese würden bei schlechten Rahmenbedingungen in der Schweiz einfach im grenznahen Ausland gebaut. Das kann Ihnen, gerade als Präsident des Baumeisterverbands, doch nicht gefallen?

Es geht nicht darum, wer die Kraftwerke baut. Die Kernfrage lautet vielmehr: Wollen wir in der Schweiz Kraftwerke, die CO₂ ausstossen? Die Schweiz muss hier als führende Wirtschaftsnation auch ein Vorbild sein - ein Argument, das übrigens sonst von vielen der Befürworter der Gaskombikraftwerke immer wieder angeführt wird. Wenn andere Länder solche Dreckschleudern bauen, ist das deren Problem.

Im Nationalrat waren Sie nicht erfolgreich. Die Befürworter der Gaskombikraftwerke haben sich durchgesetzt. Hoffen Sie nun auf den Ständerat?

Ja, ich bin sehr zuversichtlich. Der Ständerat hat fast einstimmig eine restriktive Lösung beschlossen, welche Gaskombikraftwerke in der Schweiz faktisch verhindern würde. Bei uns im Nationalrat war es relativ knapp, und einige Parlamentarier waren mit der Thematik auch noch zu wenig vertraut. Daher glaube ich, dass wir die Wende schaffen werden.

| INTERVIEW: MICHAEL BRUNNER

Werner Messmer ist Mitglied der nationalrätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie.